

**Gestaltungsmacht in Mittelost (II) 10.12.2015**

**DAMASKUS/BERLIN** (Eigener Bericht) - Am heutigen Donnerstag brechen die ersten Soldaten der Bundeswehr in den Krieg gegen den "Islamischen Staat" (IS, Daesh) auf. Die Kriegsbeteiligung, die die Bundesrepublik laut Einschätzung von Regierungsberatern zur "Gestaltungsmacht im Nahen und Mittleren Osten" aufsteigen lässt, sichert Berlin eine stärkere Einbindung in die wichtigsten Kommandozentralen der westlichen Koalition gegen den IS/Daesh. Darüber hinaus verschafft sie der Bundesregierung stärkeres Gewicht im internationalen Machtkampf um die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens. Zur Debatte steht unter anderem die Errichtung eines internationalen Protektorats. Für Anfang Januar sind erste Verhandlungen zwischen der Regierung von Präsident Bashar al Assad, der syrischen Opposition und aufständischen Milizen vorgesehen. Unter dem Beifall der Bundesregierung bereiten sich zur Zeit syrische Oppositionelle und Milizionäre in Riad auf die Verhandlungen vor. Nicht eingeladen hat die saudische Führung unter anderem Vertreter der nordsyrisch-kurdischen Kräfte, die eine zentrale Rolle im Krieg gegen den IS/Daesh einnehmen. Statt ihrer nehmen jihadistische Gotteskrieger an den Oppositionsgesprächen in Riad teil.

**Auf dem Weg in den Krieg**

Am heutigen Donnerstag brechen die ersten Bundeswehrsoldaten zu dem neuen deutschen Kriegseinsatz in Syrien und im Irak auf. Im schleswig-holsteinischen Jagel sollen rund 40 Militärs aus dem Luftwaffengeschwader 51 "Immelnmann" sowie zwei RECCE-Tornados verabschiedet werden. Zur selben Zeit wird ein Airbus zur Luftbetankung den militärischen Teil des Flughafens Köln-Bonn verlassen und Kurs auf das syrisch-irakische Kampfgebiet nehmen. Ziel ist die Luftwaffenbasis im türkischen Incirlik. Bereits am Sonntag hat die Fregatte "Augsburg" den Suezkanal durchquert; sie ist gemeinsam mit dem französischen Flugzeugträger "Charles de Gaulle" auf dem Weg in den Persischen Golf. Konkrete Operationen sollen allerdings erst Anfang Januar starten; dann wird der Aufmarsch von bis zu 1.200 deutschen Soldaten im Krieg gegen den "Islamischen Staat" (IS, Daesh) abgeschlossen sein.

**Kommandozentralen**

Mit dem Aufmarsch verbunden ist eine stärkere Einbindung deutscher Militärs in alle relevanten Befehlszentralen der westlichen Koalition gegen den IS/Daesh. Oberste Kommandostelle ist das United States Central Command (CENTCOM) im US-amerikanischen Tampa. Vor Ort geführt werden sämtliche Einheiten vom Hauptquartier der westlichen Koalition in Camp Arifjan (Kuwait). In beiden Einrichtungen wird die Anzahl deutscher Verbindungskräfte nun aufgestockt. Darüber hinaus werden deutsche Militärs jetzt in das Combined Air Operations Centre (CAOC) in Qatar eingebunden, das die Luftoperationen gegen den IS/Daesh koordiniert. Von Bedeutung ist dabei, dass die Kriegshandlungen der westlichen Koalition bei Angriffen auf syrisches Territorium über keinerlei völkerrechtliche Legitimation verfügen; bis in den frühen Herbst haben das sogar Berliner Regierungsstellen offen eingeräumt. Während die erwähnten Hauptquartiere jeweils unter Führung der Vereinigten Staaten stehen, die den Großteil der Operationen durchführen, werden die Marineaktivitäten zum ersten Mal von Frankreich kommandiert: Am Montag hat Konteradmiral René-Jean Crignola den Befehl über die Task Force 50 der U.S. Navy übernommen, die am Krieg gegen den IS/Daesh beteiligt ist.[1]

**Unter Handlungsdruck**

Während die Bundesrepublik damit auch jenseits der Ausrüstungs- und Trainingsmaßnahmen für die nordirakisch-kurdischen Milizen ("Peschmerga"), die die Bundeswehr seit mehr als einem Jahr durchführt [2], in den Krieg eintritt, sind die politischen Ziele jenseits der Niederschlagung des IS/Daesh noch in hohem Maße ungeklärt. Für den Irak zeichnet sich eine Abspaltung der kurdischsprachigen Gebiete im Norden des Landes ab (german-foreign-policy.com berichtete [3]). In Syrien geraten die westlichen Staaten seit dem Beginn der russischen Intervention unter Handlungsdruck. Mittlerweile scheint nicht mehr nur die Option ausgeschlossen

zu sein, Präsident Bashar al Assad zu stürzen, weil er von Moskau jetzt auch militärisch unterstützt wird. Darüber hinaus arbeitet die Zeit gegen die vom Westen geförderten Aufständischen: Der am gestrigen Mittwoch eingeleitete Abzug der Rebellenmilizen aus Homs zeigt, dass Assads Regierung ihre Stellung wieder stärken kann. An Verhandlungen zwischen den Aufständischen und der Regierung führt daher auch aus westlicher Sicht eigentlich kein Weg mehr vorbei. Offen sind dabei allerdings zahlreiche Fragen - unter anderem, wer in die Gespräche einbezogen wird, aber auch, ob bzw. in welcher Form Syrien bestehen bleiben soll.

#### **Eine gemeinsame Linie**

Die Frage, wer auf Seiten der Aufständischen an den Verhandlungen beteiligt wird, ist aktuell Gegenstand heftiger Debatten. In Saudi-Arabien hat gestern eine dreitägige Konferenz begonnen, die mehr als hundert Vertreter syrischer Oppositionsgruppen und Rebellenmilizen versammelt. Sie soll deren weit divergierende Positionen aneinander annähern und damit die Verhandlungen mit der Regierung vorbereiten. Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat die Konferenz schon vorab gelobt: "Ich hoffe, dass es in Riad gelingt, die syrische Opposition auf eine gemeinsame Linie für die Verhandlungen über eine Übergangsregierung mit der Regierung in Damaskus einzuschwören, auch wenn das manchen schwierigen Kompromiss notwendig macht." [4]

#### **Militant jihadistisch**

Tatsächlich ist die Konferenz in Riad in den nicht-islamistischen Spektren der syrischen Opposition heftig umstritten. Saudi-Arabien hat zwar erstmals auch die in Syrien verbliebenen Regierungsgegner eingeladen, die - im Unterschied zur Exilopposition - von Anfang an eindeutig auf friedliche Demonstrationen gesetzt und die Militarisierung der Proteste entschieden abgelehnt haben; im Westen wurden sie bislang weitestgehend ignoriert. Ausgegrenzt werden aber unter anderem die kurdischsprachigen Kräfte Nordsyriens - laut Beobachtern, weil sie Riads Partner Ankara ein Dorn im Auge sind. Auch christliche sowie sunnitische Verbündete der Kurdenmilizen sind in Riad nicht präsent. Der bekannte syrische Menschenrechtsaktivist Haytham Manna hat die Einladung aus Riad ausgeschlagen und nimmt stattdessen an einem parallelen Treffen teil, das die von Saudi-Arabien ausgegrenzten kurdischen Verbände ersatzweise anberaumt haben. Manna warnt, auf der Konferenz in Riad treffe man "Leute, die ein islamisches Emirat unterstützen". [5] Zwar hat die saudische Führung darauf verzichtet, den IS/Daesh und den Al Qaida-Ableger Al Nusra in die Gespräche einzubinden; doch nehmen salafistisch-jihadistische Milizen wie Jaish al Islam und Ahrar al Sham an ihnen teil. Beide kooperieren mit Al Nusra. Ahrar al Sham wird darüber hinaus in einem aktuellen deutschen Gerichtsverfahren gegen vier in der Bundesrepublik ansässige Männer, die die Miliz mit Militärkleidung beliefert haben, als "militant jihadistisch" eingestuft. [6]

#### **Internationales Protektorat**

Unklar ist bei alledem die langfristige Perspektive für den syrischen Staat. Konsens zeichnet sich darüber ab, dass Präsident Assad an den Verhandlungen zunächst beteiligt wird, aber auf lange Sicht keine politische Rolle mehr spielen soll. In Berlin sind Stimmen zu hören, die den Fortbestand Syriens offen in Frage stellen. Es sei unklar, was "mit den Regionen" geschehen solle, "aus denen der IS verdrängt" werde, falls die militärischen Operationen nach Plan verlaufen, teilt ein Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) mit: "Fallen die einfach an das syrische Regime zurück, legen sie den Keim für einen Kurdenstaat oder werden sie einem internationalen Protektorat zum Schutz der Zivilbevölkerung unterstellt?" [7]

#### **"Nicht den USA überlassen"**

Klar ist hingegen, dass Berlin sich eine führende Rolle bei der Neuordnung der Region verspricht. Deutschland steige mit seiner Beteiligung am Krieg gegen den IS/Daesh zur "Gestaltungsmacht im Nahen und Mittleren Osten" auf, hat letzte Woche ein Berliner Regierungsberater geurteilt. [8] Der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, fordert nun ebenfalls eine stärkere deutsche Stellung in der Region. Die EU dürfe "die Initiative zur Kriegsbeendigung in Syrien nicht wie in früheren Jahrzehnten den USA und Russland überlassen", sondern sie müsse "sich selber massiv vor der eigenen Haustür engagieren", erklärt der Diplomat. [9] Das Verlangen nach größerer deutscher Macht in der Weltpolitik treibt den neuen Kriegseinsatz der Bundeswehr an.

Mehr zum Thema: [Gestaltungsmacht in Mittelost \(I\)](#) .

[1] France Takes Command of NAVCENT Task Force 50. www.navy.mil 07.12.2015.

[2] S. dazu [Von Kurdistan nach Alawitestan](#) und [Der zwanzigjährige Krieg](#) .

[3] S. dazu [Gestaltungsmacht in Mittelost \(I\)](#) .

[4] Außenminister Steinmeier zur Konferenz der syrischen Opposition in Riad. [www.auswaertiges-amt.de](#) 08.12.2015.

[5] Angus McDowall: "A Saudi-Turkish wish-list": Syrian opposition talks in Saudi Arabia fall short of a fully inclusive meeting. [uk.businessinsider.com](#) 08.12.2015.

[6] Matthias Stelzer: Ausrüstung von der Alb für den Terror in Syrien. [www.swp.de](#) 09.12.2015.

[7], [8] "Deutschland wird zur Gestaltungsmacht im Nahen Osten". [www.zeit.de](#) 02.12.2015.

[9] Interview mit Wolfgang Ischinger: "Syrien-Einsatz ist kein Abenteuer". [www.bmvg.de](#) 07.12.2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)